

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist (auch 22.02.2021 anwesend)

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker (auch 22.02.2021 anwesend)

Ratsmitglied Katja Breuer (online, ebenso 22.02.2021)

Ratsmitglied Martin Ehlers (online, ebenso 22.02.2021)

Bürgermeisterin Ursula Glaser (auch 22.02.2021 anwesend)

Ratsmitglied Martin Harms (entschuldigt; 22.02.2021 anwesend)

Ratsmitglied Uwe Heinemann (auch 22.02.2021 anwesend)

Beigeordneter Stephan Hellwig (auch 22.02.2021 anwesend)

Ratsmitglied Michael Kunze (auch 22.02.2021 anwesend)

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann (auch 22.02.2021 anwesend)

Ratsmitglied Helmut Möhle (auch 22.02.2021 anwesend)

Ratsmitglied Astrid Zaage (online, ebenso 22.02.2021)

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir (auch 22.02.2021 anwesend)

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi (22.02.2021 entschuldigt)

Ratsmitglied Christina Heide (auch 22.02.2021 anwesend)

Beigeordneter Howard Jacques (auch 22.02.2021 anwesend)

Ratsmitglied Gesche Marxfeld (auch 22.02.2021 anwesend)

Beigeordneter Jörg Mückenwarf (auch 22.02.2021 anwesend)

Bürgermeister Uwe Reese (auch 22.02.2021 anwesend)

Ratsmitglied Detlef Schön (auch 22.02.2021 anwesend)

Ratsmitglied Kristian Stoermer (22.02.2021 entschuldigt)

Ratsmitglied Florian Wiese (entschuldigt; 22.02.2021 anwesend)

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsmitglied Georg Berner-Waindok (online, ebenso 22.02.2021)

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster (22.02.2021 entschuldigt)

Ratsmitglied Petra Stomberg (auch 22.02.2021 anwesend)

Beigeordneter Andreas Tönjes (auch 22.02.2021 anwesend)

Ratsmitglied Michael von den Berg (22.02.2021 entschuldigt)

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis (auch 22.02.2021 anwesend)

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner (auch 22.02.2021 anwesend)

Ratsmitglied Helga Weinstock (online, ebenso 22.02.2021)

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ratsmitglied Andreas Lang (22.02.2021 entschuldigt)

Ratsmitglied Christian Ressel (22.02.2021 entschuldigt)

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte (auch 22.02.2021 anwesend)

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman (auch 22.02.2021 anwesend)

Mitglied AfD-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Moriße (auch 22.02.2021 anwesend)

Ratsmitglied Irina Moriße-Kappes (22.02.2021 entschuldigt)

Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß (online, ebenso 22.02.2021)

fraktionslos

Ratsmitglied Mirco Danner (auch 22.02.2021 anwesend)

Ratsmitglied Sebastian Seidel (22.02.2021 entschuldigt)

Dezernenten

Erster Stadtrat Armin Schönfelder (auch 22.02.2021 anwesend)

Stadtkämmerer Thomas Bruns (auch 22.02.2021 anwesend)

von der Verwaltung

Leitung Referat 2 - Referat für Umwelt, Bau und Feuerwehr Nikša Marušić

Leitung Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht Marion Winkel-Fiedelak

Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Julia Muth (auch 22.02.2021 anwesend)

Fachbereichsleiter Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst (auch 22.02.2021 anwesend)

Fachbereichsleiter Finanzen Torben Müller (auch 22.02.2021 anwesend)

Fachbereichsleiter Feuerwehr Josef Schun

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel (17.02.2021)

Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Julia Muth (22.02.2021)

als Gast

Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Michael Diers (auch 22.02.2021 anwesend)

Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Benjamin Buserath (auch 22.02.2021 anwesend)

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 22

B. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 23

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

6.1	Wahl des Stadtbaurates	52/2021
6.2	Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven	
6.3	Berufung / Abberufung eines beratenden Mitgliedes für den Ausschuss für Soziales und Gesundheit	6/2021
6.4	41. Hauptversammlung Deutscher Städtetag 2021 in Erfurt-Benennung von Abgeordneten und Gästen	41/2021
7.1.1	Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2016 - 2018	254/2020
7.2.1	Auflösung Stiftung Burg Kniphausen	35/2021
7.2.2	Annahme Schenkung Gemälde Burg Kniphausen	36/2021
7.3.1	86. Änderung des Flächennutzungsplans von 1973-Voslapper Groden-Süd / Westlicher Teilbereich-Aufstellungsbeschluss	24/2021
7.3.2	Bebauungsplan Nr. 223 (vorhabenbezogen)/Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 36 (VEP036)-Voslapper Groden-Süd / ehemalige Deponie-Aufstellungsbeschluss	25/2021
7.3.3	Bebauungsplan Nr. 8, 6. Änderung-Hauptstraßenkreuzung Göker- / Bismarckstraße (mit Örtlicher Bauvorschrift)	26/2021
	1. Behandlung der Stellungnahmen	
	2. Satzungsbeschluss	
7.3.4	77. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven 1973 -Konverter westlich Coldewei-	27/2021
	1. Behandlung der Stellungnahmen und	
	2. Feststellungsbeschluss	
7.3.5	STEP Plus - Beirat für Stadtentwicklung	37/2021
	Besetzung neuer Mitglieder	
7.3.6	Bestellung eines Radverkehrsbeauftragten	38/2021
7.4.1	Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Hundefreilaufflächen der Stadt Wilhelmshaven vom 29.08.2018	242/2020
7.4.2	Erhöhung des Radverkehrsanteils	10/2021
7.4.3	Bestellung eines ehrenamtlichen Hautflüglerbeauftragten	11/2021
7.4.4	Einrichtung einer virtuellen Hafenrundfahrt auf dem Oberdeck der "Kapitän Meyer"	23/2021
7.5.1	Antrag Ratsherr Morße: Extremismusaufklärung an Schulen	551/2020
7.5.2	Berufung/Abberufung eines beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss	39/2021
7.5.3	Integrationsfonds - Planung der beantragten Mittel	44/2021
8	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
9.1	Antrag SPD-Fraktion: Prüfauftrag zur Planung und Finanzierung einer Hafentorbrücke	505/2021
9.2	Antrag Ratsherr Tönjes: Aktualisierung der Inventurrichtlinie	507/2021
9.3	Antrag Ratsherr Tönjes: Vergaberichtlinien Sachstand und Diskussion	508/2021
10.1	Anfrage Ratsherr Tönjes: Satzungsdurchbrechung der Gesellschafterversammlung Klinikum seit 01.11.2019	506/2021
11	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Heide gratulierte Herrn Becker mit einem Blumenstrauß zu dessen Geburtstag.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Becker teilte mit, er werde anlässlich seines Geburtstags die Ratssitzung gegen 18.30 Uhr verlassen. Die Sitzungsleitung übernehme dann Frau Heide als seine Stellvertreterin gemeinsam mit Bürgermeister Reese.

Außerdem informierte Herr Becker, dass zu den **Tagesordnungspunkten 8.1 und 8.2** Fragen zugelassen seien.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Aktuelle Stunde

Herr Walpurgis trug im Rahmen der aktuellen Stunde sein Anliegen zum Thema „Umschlag und Entsorgung von Chemikalien und Giftstoffen aus dem Libanon am JadeWeserPort“ vor.

Oberbürgermeister Feist machte darauf aufmerksam, dass die „aktuelle Stunde“ nicht dem Auskunftsrecht diene. Sofern die Beantwortung von Fragen gewünscht sei, bitte er, diese auf dem üblichen Weg an ihn persönlich zu richten. Anschließend ging er kurz auf das Anliegen ein.

An der weiteren Aussprache beteiligten sich die **Herren Dr. von Teichman, Hellwig** und **Tönjes**.

4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

5 Information zur Einwohnerbefragung "Stadthalle"

Herr Heumann informierte anhand einer Präsentation über das Ergebnis der Einwohnerbefragung.

(Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem als Anlage zur Sitzung hinterlegt.)

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Hellwig)

6.1 Wahl des Stadtbaurates

52/2021

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 15.02.2021 vor.

Frau Bakir beantragte **geheime Wahl**.

Herr Schönfelder informierte, dass diejenigen Ratsmitglieder, die per Videokonferenz an der Sitzung teilnehmen, bereits im Vorfeld ihre Stimmen wie bei einer Briefwahl abgegeben haben. In einem zweiten Schritt erfolge die geheime Wahl durch die anwesenden Ratsmitglieder, die ihre Wahlunterlagen ebenfalls in einem Umschlag erhielten. Der Stimmzettel werde in einem neutralen Umschlag in die Wahlurne gegeben. Dort befänden sich die in der

gleichen Weise abgegebenen Stimmzettel der heute per Videokonferenz anwesenden Ratsmitglieder.

Herr Becker teilte mit, dass die Wahl aus Platz- und Hygienegründen im Sitzungszimmer 250 stattfinde. Da er als Wahlleiter die Ordnungsmäßigkeit des Wahlverfahrens zu überwachen habe, werde er sich ebenfalls ins Sitzungszimmer begeben. Zur Stimmabgabe rufe daher die stellvertretende Ratsvorsitzende, Frau Heide, die Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge auf.

Als **Schriftführer** wurden **Frau Glaser** und **Herr von den Berg** benannt.

Nach Durchführung der schriftlichen Wahl wurde die Sitzung zur Auszählung der Stimmen von **17.20 Uhr bis 17.40 Uhr unterbrochen**.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung wurde das folgende **Ergebnis** bekannt gegeben:

22 Ja-Stimmen

11 Nein-Stimmen und

3 Enthaltungen.

Damit erhielt **Herr Marušić** die erforderliche Mehrheit und wurde zum Stadtbaurat gewählt.

Oberbürgermeister Feist überbrachte die Glückwünsche im Namen der Verwaltung. Er freue sich zum einen auf eine konstruktive Zusammenarbeit, aber zum anderen auch darüber, dass die Stadt mit Herrn Marušić demnächst einen neuen Einwohner gewinne.

Herr Becker beglückwünschte Herrn Marušić im Namen des Rates und sah einer guten Zusammenarbeit entgegen.

Herr Marušić dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Er versicherte, seine ganze Kraft für die Stadt und ihre Bürger einzusetzen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
Herr Nikša Marušić wird vorbehaltlich der beamtenrechtlichen Voraussetzungen für die Dauer von 8 Jahren zum Stadtbaurat gewählt und zum nächstmöglichen Zeitpunkt unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit zum Stadtbaurat ernannt.

6.2 Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 15.02.2021 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die in der Anlage beigefügte Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven.

6.3 Berufung /Abberufung eines beratenden Mitgliedes für den Ausschuss für Soziales und Gesundheit **6/2021**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 15.02.2021 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Nein-Stimme)

Herr Uwe Wessels wird als beratendes Mitglied im Ausschuss für Soziales und Gesundheit abberufen.

Als Ersatz für Herrn Wessels wird Frau Doris Tyarks als beratendes Mitglied in den Ausschuss berufen.

6.4 41. Hauptversammlung Deutscher Städtetag 2021 in Erfurt- Benennung von Abgeordneten und Gästen **41/2021**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 15.02.2021 vor.

Der **Antrag auf Vertagung** von **Herrn Tönjes** wurde bei 7 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Frau Bürgermeisterin Glaser und Herr Bürgermeister Reese nehmen als Delegierte der Stadt Wilhelmshaven an der 41. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 29. Juni bis 1. Juli 2021 in Erfurt teil.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsherr Heinemann)

7.1.1 Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2016 - 2018 **254/2020**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 15.02.2021 vor.

Herr Dr. von Teichman lobte den Bericht als sehr informativ. Hier zeige sich, dass erhebliche Summen aus dem Kernhaushalt an die Beteiligungen fließen, einzig die GEW erziele einen Gewinn. Außerdem verwies Herr Dr. von Teichman auf die mit der Vorlage dieses Berichtes gesetzlich vorgesehene Information der Entscheidungsträger. Daher sei es umso wichtiger, diesen pünktlich vorzulegen. Nur so sei es möglich, rechtzeitig Steuerungsmaßnahmen einzuleiten. Er bitte, diese Berichte künftig zeitnah vorzulegen. Darüber hinaus hielte er ausführlichere Erklärungen zu den einzelnen Posten für wünschenswert.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt den vorgelegten Beteiligungsbericht 2019, mit den Jahresabschlüssen 2016 – 2018, in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

7.2 Ausschuss für Kultur (Beigeordneter Jacques)7.2.1 Auflösung Stiftung Burg Kniphausen**35/2021**

Oberbürgermeister Feist beantragte die **Vertagung** der **Tagesordnungspunkte 7.2.1** (Vorlagen-Nr. 35/2021) **und 7.2.2** (Vorlagen-Nr. 36/2021).

Herr Tönjes zeigte sich verwundert und bat um Auskunft, ob nicht eine Verweisung an den Ausschuss für Kultur sinnvoller sei.

Oberbürgermeister Feist erklärte, im Verwaltungsausschuss sei ebenfalls bereits eine Vertagung beantragt worden. Eine Verweisung halte er aber für ebenso gut. Daraufhin beantragte Oberbürgermeister Feist die **Verweisung** der **Tagesordnungspunkte 7.2.1** (Vorlagen-Nr. 35/2021) **und 7.2.2** (Vorlagen-Nr. 36/2021) in den **Kulturausschuss**.

Nach einer kurzen Diskussion über die Notwendigkeit der Verweisung bzw. der Vertagung zwischen den **Herren Kunze, Oberbürgermeister Feist** und **Dr. Schulte** wurde der Verweisungsantrag von Oberbürgermeister Feist wurde **einstimmig angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss verwiesen-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Auflösung der Stiftung Burg Kniphausen zu.

7.2.2 Annahme Schenkung Gemälde Burg Kniphausen**36/2021**

Sh. Tagesordnungspunkt 7.2.1

Beschluss: -an Fachausschuss verwiesen-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Annahme der Schenkung von Gemälden aus der Sammlung der Stiftung Burg Kniphausen für die städtische Gemäldesammlung zu.

7.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schön)7.3.1 86. Änderung des Flächennutzungsplans von 1973
-Voslapper Groden-Süd / Westlicher Teilbereich-
Aufstellungsbeschluss**24/2021**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 09.02.2021 vor.

Herr Tönjes sah die Überbauung von Grünflächen als problematisch an und riet, besser einen anderen Standort zu suchen.

Herr Jacques machte darauf aufmerksam, dass die ehemalige Deponie gar nicht anders genutzt werden könne und seine Fraktion daher der Beschlussvorlage zustimme.

Herr Dr. von Teichman gab Herrn Tönjes recht: Photovoltaikanlagen würden auch an anderer Stelle als problematisch angesehen. Man befinde sich jedoch in einem frühen Stadium, so dass zunächst das Gutachten zum Vogelschutz abzuwarten sei. Er selbst halte Photovoltaikanlagen auf Gebäudedächern für die bessere Alternative.

Herr Hellwig signalisierte die Zustimmung der Gruppe CDU/WBV. Dies sei nicht die erste Deponie, die zur Energiegewinnung verwendet werde. Er halte dies für eine gute Lösung.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.08.2020 (BGBl. I S. 1728) geändert worden ist, die Aufstellung der 86. Änderung des Flächennutzungsplans von 1973 –Voslapper Groden-Süd / Westlicher Teilbereich-. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.3.2 Bebauungsplan Nr. 223 (vorhabenbezogen)/
Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 36 (VEP036)
-Voslapper Groden-Süd / ehemalige Deponie-
Aufstellungsbeschluss

25/2021

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 09.02.2021 vor.

Herr Tönjes wiederholte seine Bedenken gegenüber dem Vorhaben.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.08.2020 (BGBl. I S. 1728) geändert worden ist, die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 223 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplans Nr. 36 (VEP 036) –Voslapper Groden-Süd / ehemalige Deponie-. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.3.3 Bebauungsplan Nr. 8, 6. Änderung
-Hauptstraßenkreuzung Göker- / Bismarckstraße
(mit Örtlicher Bauvorschrift)
1. Behandlung der Stellungnahmen
2. Satzungsbeschluss

26/2021

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 09.02.2021 vor.

Herr Hellwig signalisierte die Zustimmung der Gruppe CDU/WBV. Das Vorhaben sei mit dem Hotelentwicklungskonzept kompatibel und werte das Quartier auf.

Herr Dr. von Teichman sah noch diverse offene Fragen im Zusammenhang mit dem Vorhaben. Das Hotelentwicklungskonzept halte zudem die Versorgung im 3-Sterne-Bereich für ausreichend. Daher könne er nicht nachvollziehen, warum dennoch eine Neuansiedlung in gerade diesem Segment geplant werde. Er gehe jedoch davon aus, dass das Hotelvorhaben dort nicht umgesetzt werde.

Herr Ehlers erklärte zunächst, da seine Frau selber ein kleines Hotel betreibe, werde er sich nicht an der Abstimmung beteiligen. Ein Mitwirkungsverbot seinerseits liege jedoch nach Blick in die einschlägigen Vorschriften nicht vor. Anschließend verwies er auf das Ziel des Hotelentwicklungskonzeptes, mit dem das obere sowie untere Ende des Hotelangebotes optimiert werden solle. Mit diesem Vorhaben werde das Konzept jedoch verlassen. Hier wolle er auf die Einlassungen des DeHoGa verweisen, die den Planungen skeptisch gegenüberstehen. Mit dem Hotelneubau würden weder vermehrt Gäste in die Stadt geholt, noch besitze das Projekt eine Strahlkraft über die Stadtgrenzen hinaus. Realistisch betrachtet werde damit sogar eine Chance vertan, die Stadt touristisch weiterzuentwickeln. Die Stadt mache sich unglaublich, wenn an dieser Stelle dem Hotelentwicklungskonzept zuwider gehandelt werde. Er rate, vom Investor ein neues Konzept zu verlangen.

Herr Schön stimmte den Ausführungen von Herrn Hellwig zu: Es handele sich um ein städtebaulich gutes Vorhaben, das den Bereich um den Bismarckplatz aufwerte und dort mehr Kaufkraft schaffe. Anschließend zitierte er aus dem Hotelentwicklungskonzept, das der Ansiedlung eines solchen Beherbergungsbetriebes nicht entgegenstehe. Dem werde sich SPD-Fraktion uneingeschränkt anschließen.

Frau Weinstock stimmte den Bedenken der Herren Dr. von Teichman und Ehlers zu und lehnte das Konzept ab.

Herr Schönfelder bezog sich auf das von Herrn Ehlers zitierte Mitwirkungsverbot. Dessen Redebeitrag würde bereits ausreichen, um gegen ein etwaig bestehendes Mitwirkungsverbot zu verstoßen. Er rate daher dringend, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen, um in eine vertiefte rechtliche Prüfung über das Vorliegen eines solchen Verbotes vornehmen zu können. Sofern heute dennoch eine Abstimmung erfolge, hätte dies gegebenenfalls die Nichtigkeit des Beschlusses zur Folge.

Oberbürgermeister Feist beantragte daraufhin die Vertagung dieses Punktes.

An der Diskussion über den Vertagungsantrag und das mögliche Mitwirkungsverbot von Rats Herrn Ehlers beteiligten sich Frau Bakir, Herr Hellwig, Herr Moriß, Herr Dr. von Teichman, Herr Becker, Herr Schönfelder, Herr Jacques und Herr Seidel.

Auf Antrag von **Herrn Möhle** wurde die Sitzung für Besprechungen von **18.25 Uhr bis 18.40 Uhr unterbrochen**.

Nach **Wiedereintritt in die Tagesordnung** signalisierten die **Herren Jacques und Hellwig** ihre Zustimmung zum Vertagungsantrag; die **Herren Seidel, Moriß und Tönjes** stimmten dagegen; **Herr von den Berg** erklärte, die Gruppe GUS sei sich uneinig. Er halte es für besser, das Thema im Ausschuss zu diskutieren und sich dort das Konzept vorstellen zu lassen. Persönlich fühle er sich durch die Aussage von Herrn Ehlers soweit beeinflusst, dass er sich in seiner Entscheidung nicht mehr sicher sei. Es dürfe jedoch nicht sein, dass Herr Ehlers zum Sprachrohr des DeHoGa werde.

Herr Ehlers wies erneut auf die Gesetzeslage hin, wonach ein Mitwirkungsverbot nicht vorliege.

Herr Schönfelder wiederholte, der Vertagungsantrag diene einer tiefgehenden rechtlichen Prüfung über das Vorliegen eines Mitwirkungsverbotes. Zu der von Herrn Ehlers zitierten Norm gebe es bereits höchst kritische Auseinandersetzungen in Rechtsprechung und Kommunen. Damit genau dieser Aspekt im Haus vertieft geprüft werden könne, werde zu einer Vertagung um einen Monat gebeten.

Herr Dr. Schulte stimmte den Ausführungen von Herrn Schönfelder zu. Es gebe noch Zeit genug und durch eine Vertagung stünden keine negativen Auswirkungen zu befürchten.

Dem **Vertagungsantrag** von Oberbürgermeister Feist wurde **mehrheitlich zugestimmt**.

Beschluss: -vertagt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) geändert worden ist i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z. Zt. geltenden Fassung den **Bebauungsplan Nr. 8, 6. Änderung - Hauptstr. Kreuzung Göker-Bismarckstr.** - aufgestellt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01- 33) beschlossen. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung in der Fassung vom 19.08.2020 mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des BauGB beigelegt.

7.3.4 77. Änderung**27/2021**des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven 1973-Konverter westlich Coldewei-1. Behandlung der Stellungnahmen und2. Feststellungsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 09.02.2021 vor.

Herr Tönjes verwies auf die vorliegenden Stellungnahmen. Vor diesem Hintergrund sollte überlegt werden, ob die Anlage an anderer Stelle nicht besser aufgehoben wäre. Er rate dringend, Alternativen zu suchen.

Herr Dr. von Teichman erklärte, dabei handele es sich um ein weit verbreitetes Problem: eine hohe Bevölkerungsdichte einerseits und Naturschutz andererseits. Dennoch würden solche Anlagen benötigt und es müssten die entsprechenden technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Er sehe aktuell auch keine Möglichkeit zur Lösung dieses Konfliktes; dies müsse langfristig angegangen werden.

Frau Weinstock stimmte Herrn Tönjes zu und verlieh ihrem Unverständnis darüber Ausdruck, dass dieser Standort als alternativlos dargestellt werde. Sie könne sich vorstellen, dafür den noch immer in großen Teilen leer stehenden Logistikpark Langwerth vorzusehen.

Herr Schön machte darauf aufmerksam, dass das Umspannwerk bereits vorhanden sei.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden und der Öffentlichkeit vorgebrachten Stellungnahmen gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-27). Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 6 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB)) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) geändert worden ist i.V. mit den §§ 10 und 58 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in den z.Z. geltenden Fassungen die 77. Änderung des Flächennutzungsplans 1973 - Konverter westlich Coldewei - zur Feststellung. Die Begründung mit den Angaben nach § 2a BauGB in der Fassung vom 29.01.2021 wird beschlossen und ist der 77. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973 gem. § 5 Abs. 5 BauGB beigegefügt. Weiterhin beschließt der Rat der Stadt Wilhelmshaven, dass der für das Stadtgebiet vorliegende Flächennutzungsplan 1973 in der Fassung, die er durch die o.g. Änderung erfahren hat, neu bekannt zu machen ist.

7.3.5 STEP Plus - Beirat für Stadtentwicklung
Besetzung neuer Mitglieder

37/2021

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 09.02.2021 vor.

Herr Tönjes zeigte sich skeptisch gegenüber der Nachbenennung. Für ihn gebe es verschiedene Ungereimtheiten in der Geschäftsordnung und daher beantrage er die **Vertagung** dieses Punktes. Er werde den Beschlussvorschlag in jedem Fall ablehnen.

Zwischen **Herrn Tönjes** und **Herrn Schönfelder** wurde anschließend kurz das Zustandekommen der Geschäftsordnung des Beirats und die Notwendigkeit eines Ratsbeschlusses darüber diskutiert. Eine Vertagung wurde von Herrn Schönfelder für nicht notwendig erachtet.

Herr Schön zeigte sich erfreut, dass der Beirat wieder aktiv werde. Anschließend begründete er kurz die Notwendigkeit der Nachnominierung.

Der **Vertagungsantrag** von Herrn Tönjes wurde anschließend **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Besetzung des Beirates für Stadtentwicklung mit neuen Mitgliedern laut anliegender Liste wird zugestimmt (Anlage 1).

7.3.6 Bestellung eines Radverkehrsbeauftragten

38/2021

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 09.02.2021 vor.

An der ausführlichen Diskussion über die Notwendigkeit und die Arbeit des Radverkehrsbeauftragten beteiligten sich die **Herren Moriß, Schön, Ressel, Tönjes, Walpurgis, von den Berg** und **Marušić**.

Der Antrag von **Frau Glaser** auf **Schließen der Rednerliste** wurde **mehrheitlich angenommen**.

Die Diskussion wurde anschließend mit **Herrn Dr. von Teichman, Frau Stomberg** und **Herrn von den Berg** weitergeführt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Einsetzung eines „Fahrradbeauftragten“. Für diese Aufgabe wird:

1. Herr Volker Hasenmüller, Rudolf-Kienau-Straße 29, 26384 Wilhelmshaven und Stellvertreter
 2. Klaus Schumacher, Grenzstraße 81, 26382 Wilhelmshaven ab 01.03.2021 für 5 Jahre bestellt.
- Die Arbeit des Fahrradbeauftragten erfolgt ehrenamtlich.

Anschließend wurde die Sitzung für eine **Pause von 19.30 Uhr bis 19.45 Uhr** unterbrochen.

Nach **Wiedereintritt in die Tagesordnung** wurde mit der Beratung über die Vorlagen des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz fortgeführt.

7.4 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsfrau Kloster)

7.4.1 Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der **242/2020**
Hundefreilaufflächen der Stadt Wilhelmshaven vom 29.08.2018

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 03.02.2021 vor.

Herr Heinemann beantragte für die Gruppe CDU/WBV, die Vorlage hinsichtlich der Benutzungszeiten wie folgt zu **ändern**:

Montag – Freitag 7.00 Uhr bis 20.00 Uhr

Samstag: 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr

Sonn-/Feiertage: 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr und 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

Herr Hellwig ergänzte, die Änderung sei auch mit der SPD-Fraktion abgesprochen.

Dem Änderungsantrag wurde **einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: -geänderter Beschlussvorschlag-

Der Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Hundefreilaufflächen der Stadt Wilhelmshaven vom 29.08.2018 wird wie folgt zugestimmt:

~~„Die Hundefreilauffläche am Heuweg 11 darf von Montag bis Freitag in der Zeit von 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr und von Samstag bis Sonntag sowie an gesetzlichen Feiertagen in der Zeit von 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr und von 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr~~

von Montag bis Freitag von 7.00 Uhr bis 20.00 Uhr,

samstags von 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr und an

Sonn- und Feiertagen von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr und 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr

benutzt werden. Außerhalb dieser Zeit ist die Benutzung untersagt.“ (geändert auf Antrag der Gruppe CDU/WBV im Rat am 17.02.2021)

7.4.2 Erhöhung des Radverkehrsanteils

10/2021

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 03.02.2021 vor.

An der Aussprache zum Thema beteiligten sich die **Herren Ressel, Tönjes** und **Dr. von Teichman**.

Nachdem der Antrag von **Herrn Hellwig** auf **Schließen der Rednerliste mehrheitlich angenommen** worden war, wurde die Diskussion durch die **Herren Walpurgis, Prof. Preuß** und **von den Berg** fortgesetzt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Die Stadt Wilhelmshaven bekennt sich zur Förderung des Radverkehrs und des Umweltverbunds insgesamt und setzt stetig Maßnahmen zur weiteren Steigerung ihrer Anteile am Gesamtaufkommen des Verkehrs um. Ziel ist es, den Radverkehrsanteil auf 25% und den Anteil des Umweltverbunds auf 55% bis zum Jahr 2025 zu steigern.

7.4.3 Bestellung eines ehrenamtlichen Hautflüglerbeauftragten **11/2021**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 03.02.2021 vor.

Herr Ressel hielt die Bezeichnung zu sperrig und bat, diese künftig zu vereinfachen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 2 Enthaltungen)

Herr Fooke Claaßen, wohnhaft Altendeichsweg 26, 26452 Sande, wird gemäß § 34 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz für 1 Jahr zum ehrenamtlichen Hautflüglerbeauftragten der Stadt Wilhelmshaven ernannt.

7.4.4 Einrichtung einer virtuellen Hafenrundfahrt auf dem Oberdeck der "Kapitän Meyer" **23/2021**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 03.02.2021 vor.

Herr Tönjes beantragte für die Gruppe GUS die folgende Änderung in Ziffer 1 des Beschlussvorschlages:

*„Auf dem Oberdeck des Dampftonnenlegers „Kapitän Meyer“ wird **nach Abstimmung über die Inhalte mit dem Ausschuss für Kultur** eine virtuelle Hafenrundfahrt installiert.“*

Dem Änderungsantrag wurde **mehrheitlich zugestimmt**.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich erfreut hinsichtlich der erfolgten Kostensenkungen. Er wolle aber darum bitten, auch für die virtuelle Hafenrundfahrt die Kosten weiter zu reduzieren. Auch schlage er vor, einen einheitlichen Preis für das Museum, die Schiffe und die virtuelle Hafenrundfahrt vorzusehen. Den Preis allein für die Hafenrundfahrt halte er für zu hoch. Des Weiteren bedaure er, dass dem Vorhaben ein Ausstellungsraum zum Opfer falle. Zuletzt bitte er noch zu beachten, dass die geplante Kuppel denkmalgerecht und zum Schiff passend gestaltet werde.

Herr Hellwig erklärte, die Bedenken der Gruppe CDU/WBV seien hinlänglich bekannt. Damit das Vorhaben zu einem guten Abschluss komme und ein Erfolg für die Stadt werde, werde die Gruppe jedoch hier zustimmen.

Herr Schön lobte das Konzept als sehr gute Ergänzung und Aufwertung des Museums. In diesem Zusammenhang wolle er für das große Engagement zur Einwerbung der Fördermittel danken. Die SPD-Fraktion werde dieses gute Projekt ebenfalls unterstützen.

Nachdem **Herr Marušić** auf die Bedenken von Herrn Dr. von Teichman eingegangen war, dankte auch **Herr Heinemann** der Stadtverwaltung für die erfolgreichen Förderanträge.

Herr von den Berg wies darauf hin, die Gruppe GUS habe aufgrund der wirtschaftlichen Lage der Stadt Schwierigkeiten mit dem Beschlussvorschlag. Daher bitte er um Auskunft zur Höhe des Eigenanteils und der Auswirkungen auf den Haushalt von Herrn Bruns.

Herr Bruns teilte mit, die Verwaltung sei bislang von einem höheren Eigenanteil ausgegangen. Insgesamt sinke durch die Fördermöglichkeiten aber die Kreditnotwendigkeit.

Herr Tönjes erklärte, für ihn bleibe die Angelegenheit sehr widersprüchlich: Zwar gut für die Stadt hinsichtlich des Tourismus, aber sehr teuer. Er habe Schwierigkeiten, der Vorlage in Gänze zuzustimmen und **widerspreche daher einer en-bloc-Abstimmung**.

Herr Jacques betonte, die Stadt bemühe sich um eine gesunde Mischung aus Industrie und Tourismus und mit dem Hotelentwicklungskonzept könne Wilhelmshaven nach vorn gebracht werden. In Bezug auf das hier vorliegende Projekt sei die Stadt nun in der glücklichen Lage, eine günstige Finanzierung zu erhalten. Daher bitte er, die Bedenken hintenan zu stellen und eine Entscheidung zu treffen. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Dr. Schulte wies darauf hin, dass mit dem Projekt als Touristenattraktion durchaus auch Einnahmen erzielt werden könnten. Zudem hob er positiv hervor, dass bei einem Investitionsvolumen von 7 Mio. € nur ein Anteil von 700 T€ bei der Stadt verbliebe. Im Übrigen könne er den Antrag von Herrn Tönjes auf getrennte Abstimmung nicht nachvollziehen.

Frau Stomberg hielt dem die Folgekosten entgegen. Diese könnten in keinem Fall durch Eintrittsgelder aufgeholt werden. Ihr stelle sich die Frage, ob es immer ein Verlustgeschäft bleibe?

Herr Bruns machte darauf aufmerksam, dass dieser Betrag bereits Gegenstand eines Ratsbeschlusses gewesen sei und bestätigte, dies sei der jährliche Zuschussbedarf.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, brachte die **getrennte Abstimmung** das folgende Ergebnis:

Ziffer 1 (inklusive der Änderung auf Antrag der Gruppe GUS)

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Ziffer 2

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Ziffer 3

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen).

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

In Ergänzung zur Beschlussvorlage 118/2020 (Beratung und Beschluss in der Ratssitzung am 27.05.2020) beschließt der Rat:

1. Auf dem Oberdeck des Dampftronnenlegers „Kapitän Meyer“ wird *nach Abstimmung über die Inhalte mit dem Ausschuss für Kultur* eine virtuelle Hafenrundfahrt installiert. Die dafür erforderlichen Investitionsmittel in Höhe von 971.000 Euro werden im Doppelhaushalt 2021/2022 zur Verfügung gestellt. Für den laufenden Unterhaltungsaufwand werden Haushaltsmittel gem. anliegender Kostenaufstellung in den Doppelhaushalt 2021/2022 eingestellt.

Die Zustimmung zur virtuellen Hafenrundfahrt erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln in Höhe von mind. 60% der Investitionskosten.

2. Das Budget für den Innenausbau des Feuerschiffs „Weser“ wird aufgrund zusätzlicher Anforderungen beim Brandschutz und möglicher Risiken bei der Instandsetzung des Schiffsrumpfes und der Schadstoffsanierung um 714.000 Euro erhöht. Dafür wurden bereits 586.400 Euro an Fördermitteln zugesagt. Die entsprechenden Mittel werden in den Doppelhaushalt 2021/2022 eingestellt.

3. Für die schiffbauliche Instandsetzung der „Kapitän Meyer“ werden 100.000 Euro zusätzlich im Doppelhaushalt 2021/2020 veranschlagt. Für die dann veranschlagten Investitionskosten von 2.134.000 Euro liegen Förderzusagen in Höhe von 2.035.000 Euro vor, so dass der städtische Eigenanteil 99.000 Euro beträgt. Der Eigenanteil für das gesamte Projekt „Museumshafen“ sinkt durch die erfolgreiche Akquise von Fördermitteln auf 1,0 Mio. €. Die bisher beschlossenen jährlichen Folgekosten in Höhe von max. 310.000 Euro werden durch die zusätzlichen Maßnahmen nicht erhöht.

(geändert auf Antrag der Gruppe GUS im Rat am 17.02.2021)

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes beantragte **Herr Möhle**, die **Sitzung zu unterbrechen**.

Der Antrag wurde **mehrheitlich angenommen**.

Nach kurzer Diskussion über einen Fortsetzungstermin zwischen **Oberbürgermeister Feist**, **Frau Weinstock**, **Herrn Tönjes** und **Herrn Dr. Schulte** wurde entschieden, den Folgetermin per E-Mail bekannt zu geben.

Die Sitzung wurde am 22.02.2021 um 15:00 Uhr fortgesetzt:

7.5 Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Dr. Schulte)

7.5.1 Antrag Ratsherr Moriße: Extremismusaufklärung an Schulen

551/2020

Herr Moriße verlas den Antrag und brachte gleichzeitig einen Änderungsantrag zur Ergänzung seines ursprünglichen Antrags mit ein, anschließend führte er die Begründung aus.

„Die Stadt WHV stellt ein Budget von über 50.000 Euro für die Aufklärung von jeglichem Extremismus an den eigenen Schulen und kulturellen Einrichtungen, Jugendtreffs u.a. zur Verfügung...“

Herr Tönjes stellte den Antrag zur Geschäftsordnung auf Nicht-Befassung.

Dagegen sprach sich **Herr Dr. von Teichman** aus mit dem Verweis, so mit Ratskollegen umzugehen sei nicht fair.

Frau Bakir führte aus, dass sich der Jugendhilfeausschuss mit dem Antrag beschäftigt habe und insofern eine Nicht-Befassung aus ihrer Sicht angemessen wäre. Es gäbe bereits Präventionsarbeit in der Stadt, zuletzt habe der Rat den VKP mit 57.000 Euro unterstützt.

Herr Prof. Dr. Preuß schloss sich Herrn Dr. von Teichman an und äußerte seinen Unmut gegen die Missachtung der Ratskollegen durch eine Nicht-Befassung.

Bei 6 Nein-Stimmen wurde der **Antrag auf Nicht-Befassung mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -Nichtbefassung-

Ich beantrage folgendes:

Die Stadt Wilhelmshaven stellt ein Budget von **50.000 Euro** für die Aufklärung von jeglichem Extremismus an den eigenen Schulen zur Verfügung. Die Mittel sollen für Projektwochen, Workshops, Aktionen oder auch für die Einladungen als Aufwand für Referenten verwendet werden.

7.5.2 Berufung/Abberufung eines beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss

39/2021

Herr Dr. Schulte verlas die Beschlussvorlage des Jugendhilfeausschusses vom 10.02.2021.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Im Jugendhilfeausschuss wird Herr Klaus Puschmann Nachfolger des ausgeschiedenen Herrn Jürgen Hoffmann sowie als Vertreter Alexander Witton für die ausgeschiedene Frau Margret Wahrheit.

7.5.3 Integrationsfonds - Planung der beantragten Mittel**44/2021**

Herr Dr. Schulte verlas die Beschlussvorlage des Jugendhilfeausschusses vom 10.02.2021. Er führte aus, dass im Ausschuss ausführlich diskutiert worden sei, auch die Frage zu Abgrenzung zur „sozialen Stadt“ sei behandelt worden.

Herr Schön schlug vor, das Projekt 10 aus dem Antrag herauszunehmen und nur die anderen Projekte heute zu beschließen. Die Kurzbeschreibung des Projektes 10 würde genau die Tätigkeiten beschreiben, die im Sanierungsgebiet „Westliche Südstadt“ und nun auch im Sanierungsgebiet „Tonndeich“ durchgeführt werden sollen. Er führte weiter aus, dass sich beide Sanierungsgebiete dadurch auszeichnen würden, dass sie sich neben der städtebaulichen und -planerischen Komponente auch mit dem sozialen Überbau beschäftigen würden. Der für das Sanierungsgebiet Tonndeich einzustellende Quartiersmanager solle sich genau um die in dem Projekt beschriebenen Tätigkeiten kümmern. Herr Schön stellte daraufhin folgenden Änderungsantrag:

„Hiermit beantrage ich, das Projekt 10 (mobile Gemeinwesenarbeit in den Quartieren Südstadt und Tonndeich) aus dem Gesamtpaket der zu fördernden Projekte herauszunehmen und dem Ausschuss für Planen und Bauen mit zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.“

Herr Jacques brachte einen **erweiterten Änderungsantrag** ein, die gesamte Beschlussvorlage **in den Ausschuss für Planen und Bauen zu verweisen**, um eine vernünftige Diskussionsvorlage zu haben.

Erster Stadtrat Schönfelder merkte an, dass der Änderungsantrag von Herrn Schön den Vorteil habe, dass die übrigen Projektträger sich mit Blick auf die relativ kurze Antragsfrist des Integrationsfonds, die Ende März ende, bereits auf den Weg machen könnten.

Herr Tönjes schloss sich dem Vorschlag von Herrn Jacques an. Dem schloss sich **Herr Dr. Schulte** mit rechtlichen Bedenken an, da er die Herausnahme des Projektes 10 und spätere Beschlussfassung für nicht zulässig erachte. Dem widersprach **Oberbürgermeister Feist**, der keine fachliche Zuständigkeit des Ausschusses für Planen und Bauen für die übrigen Projekte sah. Den Antrag von Herrn Schön hielt er hingegen für gut begründet und könne ihm folgen. **Erster Stadtrat Schönfelder** ergänzte, dass auch für den Einzelantrag die Frist Ende März gehalten werden könne.

Herr Jacques führte aus, dass er nicht die Einzelprojekte vom Ausschuss für Planen und Bauen beraten haben möchte, sondern dem Ausschuss die Gelegenheit geben wolle, die für ihn fachlich relevante Einflussnahme auszuüben.

Bei 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen wurde der **Ergänzungsantrag** daraufhin **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss verwiesen-

Der Jugendhilfeausschuss schließt sich der Bewertung der Projektideen (siehe Anlage) an. Die Projektideen sollen in der dort genannten Rangfolge bei der Verwendung der für die Stadt

Wilhelmshaven in 2021 bewilligten Mittel aus dem Integrationsfonds Niedersachsen berücksichtigt werden, bis die zur Verfügung stehenden Fördermittel in Höhe von 1.010.355 Euro aufgebraucht sind.

Die Träger der Maßnahmen sollen aufgefordert werden, bis zum 31.03.2021 einen vollständigen Antrag zur Weiterleitung an das Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems bei der Stadt Wilhelmshaven einzureichen.

Sollte sich herausstellen, dass eine Antragstellung für die berücksichtigungsfähigen Projektideen durch die jeweiligen Träger nicht mehr in Betracht gezogen wird, rückt die jeweils nächste Projektidee laut der Bewertungsskala nach.

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Feist nahm Bezug auf eine Ankündigung des Bundesgesundheitsministers, dass zum 1. März 2021 bundesweit für alle Menschen kostenlose Schnelltests zur Verfügung stehen sollen. Diese Tests sollen in Apotheken, zahnärztlichen Praxen und von den Kommunen beauftragten Testzentren durchgeführt werden. Da es bislang nur Presseankündigungen dazu gäbe, nähme er bei Apothekern eine erhebliche Unruhe wahr, da sie nicht vorbereitet seien, diese Schnelltests durchzuführen. In Wilhelmshaven werde seit drei Wochen ein bestens funktionierendes Testzentrum vorgehalten, das bislang knapp 1.000 Tests durchgeführt habe. Wenn das Testzentrum ab dem 1. März 2021 weiterhin diese Tests durchführe, entstünden bei einer Vollkostenrechnung Kosten zwischen 12 und 15 Euro. Der Minister habe angekündigt, bis zu 18 Euro pro Test zu erstatten, somit läge man unterhalb dieser Kostenstruktur. Allerdings gäbe es zum aktuellen Stand keine Kostenermächtigung für die Stadt, außerdem befände man sich in der haushaltslosen Zeit und es handle sich um eine freiwillige Aufgabe. Er persönlich halte aber diese freiwillige Aufgabe in höchstem Maße sinnvoll und pandemiebekämpfend. Je nach Kostenbetrachtung und Annahme komme er auf Kosten von 117.000 bis 270.000 Euro. Er brauche nun ein Signal aus der Politik. Oberbürgermeister Feist sprach sich dafür aus, das Testzentrum für die kostenlosen Bürgertests zu nutzen. Sonst habe er Sorge, dass unsagbare Szenen in der Stadt entstünden, weil die Apotheken dem Ansturm nicht gerecht werden könnten. Wenn er kein Signal des Rates erhalte, läge keine Haushaltsermächtigung vor. Dann müsse im Zweifel das Testzentrum zum 1. März 2021 geschlossen werden und die Menschen stünden bei den Apotheken und Zahnärzten Schlange.

Ratsvorsitzender Becker schlug vor, dass mangels Beschlussvorlage die Gruppen und Fraktionen sich beraten und bis morgen eine direkte Rückmeldung geben würden.

Herr Dr. von Teichman führte aus, dass er den Selbsttestungen kritisch gegenüber stehe. Für das Testzentrum sei eine Strategie notwendig. Die Frage, was erreicht werden solle, müsse in den Fokus gerückt werden, zumal die Schnelltests keine 100-prozentige Sicherheit böten und nur Momentaufnahmen abbilden. Er halte es für sinnvoll, Schulen und Kindertagesstätten in den Blick zu nehmen, die breite Bevölkerung sollte hintenanstehen. Die Konzentration solle auf relevante Zielgruppen erfolgen.

Dem entgegnete **Oberbürgermeister Feist**, dass das Testzentrum in der Lage sei, dezentrale Testungen in Schulen durchzuführen. Das Testzentrum habe bereits neun positive Ergebnisse zu Tage gefördert und konnte so neun Infektionsketten kappen.

Herr Hellwig bestärkte den Vorschlag des Ratsvorsitzenden und bat um eine schriftliche Information durch den Oberbürgermeister, auf dessen Grundlage die Beratung innerhalb der Gruppe erfolgen könne.

Erster Stadtrat Schönfelder erläuterte die rechtlichen Möglichkeiten, um eine kurzfristige Entscheidung herbeizuführen. Wenn die Rückmeldungen aus der Politik vorlägen, würde sich die Verwaltung mit einem rechtssicheren Vorschlag an die Ratsmitglieder wenden.

Auf Nachfrage von **Frau Bakir**, ob die Ärzte nicht auch testen könnten, antwortete **Oberbürgermeister Feist**, dass er niemandem etwas wegnehmen wolle. Es habe sich andersrum verhalten: Ärzte und Apotheken seien auf ihn zugekommen, dass sie die Schnelltests nicht anbieten können oder wollen und darum bäten, dass die Kommune tätig werde.

Herr Reese schloss sich den Ausführungen von Herrn Dr. von Teichman an. Auf den Hinweis des Ratsvorsitzenden, dass keine inhaltliche Diskussion zu führen sei, schlossen sich die **Herren Jacques** und **Tönjes** sowie **Frau Glaser** dem vorgeschlagenen Vorgehen an. Die Gruppen und Fraktionen werden intern beraten und dann dem Oberbürgermeister bis Mittwoch ein Signal geben.

8.1 Sachstand Klinikum

Oberbürgermeister Feist verwies auf den nichtöffentlichen Teil der Ratssitzung.

8.2 Sachstand Tourismuskonzept

Herr Diers informierte, dass zum 15. März 2021 der Stadtgutschein mit einer Anwendung über alle Branchen hinweg umgesetzt würde. Es sollen mehr Webcams installiert werden, um für Wilhelmshaven zu werben. Das Atlantic Hotel habe bereits zugesagt, sodass eine Webcam mit Blick auf die Kaiser-Wilhelm-Brücke eingerichtet werden könnte. Die Strandkörbe am Südstrand seien in diesem Jahr erstmals auch online buchbar. Beim Museumshafen gehe es voran, die Umsetzung starte zeitnah. Im Veranstaltungsbereich hoffe die WTF, in diesem Jahr unter Corona-Bedingungen noch Veranstaltungen durchführen zu können, deswegen habe es – anders als in anderen Städten – noch keine generelle Absage gegeben. Am Südstrand solle es in diesem Jahr neue Sitzbänke und Müllkörbe sowie ein neues Lichtkonzept geben. Außerdem sei geplant, die Kolonnaden zu sanieren und Verkaufsstände einzurichten. Bei der neuen Dauerausstellung für das Küstenmuseum sei er zuversichtlich, dass der Agenturauftrag in diesem Jahr erteilt werden könne. Ein Förderantrag für die finanzielle Unterstützung der Sanierung der Kunsthalle sei gestellt. Herr Diers äußerte den Wunsch, dass sich der Rat den großen Themen des Tourismuskonzeptes annehmen und diese beschließen solle. Im Zusammenhang mit dem derzeit laufenden Tano-Prozess betonte er, dass man sich eine dritte Organisation nicht leisten könne. Die WTF arbeite an einem virtuellen Stadtrundgang, bei dem rund 80 Prozent der Kosten

gefördert werden würden. Als gemeinsames Nordsee-Projekt werde derzeit eine digitale Besucherlenkung erarbeitet. Die Linie 8 fahre künftig durchgängig. Herr Diers wünschte, dass das Thema Parkraumbewirtschaftung am Südstrand politisch aufgenommen würde. Aktuell sei das Parken ab 15 Uhr frei, mit einer Ausweitung der gebührenpflichtigen Zeit könnten Einnahmen generiert werden. Abschließend informierte er, dass erste Gespräche zu einem Solarboot aufgenommen worden seien.

9 Anträge

9.1 Antrag SPD-Fraktion: Prüfauftrag zur Planung und Finanzierung einer Hafentorbrücke **505/2021**

Herr Jacques verlas den Antrag und begründete, dass die Zufahrtswege touristisch immer stärker belastet würden. Ein weiterer Zugang zum Südstrand sei also sinnvoll. Er stellte den **Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Planen und Bauen**.

Dem schloss sich **Herr Möhle** an. **Herr Tönjes** erachtete das Projekt hingegen für überflüssig und einen Prüfauftrag für nicht notwendig, da kein Geld für eine Umsetzung der Hafentorbrücke vorhanden sei.

Der **Verweisungsantrag** wurde bei fünf Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss verwiesen-

Der Rat der Stadt beschließt, dass die Verwaltung das Projekt „Hafentorbrücke“ (Antrag von 2010) hinsichtlich der Gesamtfinanzierung unter Ausschöpfung und Unterstützung aller möglichen Fördermittel prüft und dem Rat vorlegt.

9.2 Antrag Ratsherr Tönjes: Aktualisierung der Inventurrichtlinie **507/2021**

Herr Tönjes verlas den Antrag. Er verwies auf die Nicht-Zuständigkeit des Rates und **zog den Antrag zurück**.

9.3 Antrag Ratsherr Tönjes: Vergaberichtlinien Sachstand und Diskussion **508/2021**

Herr Tönjes verlas den Antrag. Er verwies auf die Nicht-Zuständigkeit des Rates, bat aber um Diskussion.

Herr Hellwig stellte den **Antrag zur Geschäftsordnung auf Nicht-Befassung**. Dieser wurde bei 6 Nein-Stimmen und einer Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -Nichtbefassung-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,

1. die Verwaltung berichtet über den Sachstand zur Umsetzung des Ratsbeschlusses zur Erstellung der Vergaberichtlinien.
2. der Rat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

10 Anfragen10.1 Anfrage Ratsherr Tönjes: Satzungsdurchbrechung der 506/2021
Gesellschafterversammlung Klinikum seit 01.11.2019

Herr Tönjes trug seine Anfrage mit der Bitte um Beantwortung vor.

Oberbürgermeister Feist informierte, dass er als Institution und als Person betroffen sei. Deswegen habe er darum gebeten, dass die Beantwortung der Fragen durch einen Mitarbeiter des Klinikums ohne seine unmittelbare Mitwirkung erfolgt.

Anschließend beantwortete er die Fragen wie folgt:

Zu 1: Seit dem 01.11.2019 wurde durch die Gesellschafterversammlung der Klinikum gGmbH keine Entscheidung im Wege einer Satzungsdurchbrechung getroffen, aber es gäbe einen Fall, den man aus Sicht der Gesellschafterversammlung unter genau dieser Antwort subsummieren könne, den aber andere Juristen durchaus anders bewerten würden. Im Sinne von Transparenz und Klarheit wolle er Frau Winkel-Fiedelak bitten, dazu etwas zu sagen.

Daraufhin führte **Frau Winkel-Fiedelak** aus, dass sie zwar nicht Mitglied der Gesellschafterversammlung, wohl aber nicht-stimmberechtigtes Mitglied des Aufsichtsrates sei. Der Aufsichtsrat sei Anfang 2020 über eine Zahlungsklage gegenüber einem Chefarzt informiert worden. Dieses Verfahren solle laut Aussage des damaligen Geschäftsführers aus Eilgründen direkt im Umlaufverfahren durch die Gesellschafterversammlung beschlossen worden sein. Die Unterlagen hierzu seien ihr nicht bekannt, somit könne sie nur vom Hören-Sagen aus der Aufsichtsratssitzung berichten. Außerdem sei sie nicht juristisch mit dem Vorgang befasst gewesen.

Anschließend fuhr **Oberbürgermeister Feist** mit der Beantwortung der Fragen fort.

Zu 2: Mit der Antwort zu Frage 1 entbehrlich.

Zu 3: Da es sich nicht um eine Tatsachenfrage, sondern eine Frage, ob Behauptungen zuträfen, handele, sei diese Frage von der Verwaltung nicht zu beantworten.

Zu 4: Es habe keine juristische Beratung im Sinne eines anwesenden Fachanwalts stattgefunden, solange er Mitglied der Gesellschafterversammlung sei. Die juristische Beratung erfolge jeweils im Vorfeld durch den jeweiligen Geschäftsführer, der ggfls. den Rechtsrat kundiger Personen einhole und dann die Gesellschafterversammlung berate. Bisher wurden keine Juristen zu den Sitzungen der Gesellschafterversammlung hinzugezogen.

11 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 20:35 Uhr

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Feist
Oberbürgermeister

gez./gez.

Rogel/Muth
Protokollführerin